



# Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,30 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Petitzeile 0,50 Goldmark, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

## MAIAUF RUF

Der Internationale Gewerkschaftsbund richtet anlässlich des bevorstehenden 1. Mai einen dringenden Appell an alle Landeszentralen, das Maximum ihrer Kräfte einzusetzen, um dem Weltfeiertag der Arbeit einen großartigen und außerordentlichen Charakter zu geben, wie ihn die heutige Lage erfordert.

Allen ihren Forderungen voran muß die international organisierte Arbeiterklasse den Kampf für den Frieden stellen.

Gegen Krieg und Militarismus muß sie die volle Wucht ihres Kampfes richten.

Der Friedensgedanke der Arbeiter ist aus ihrem Klassenbewußtsein entstanden und eng verbunden mit ihren Fortschritts- und Freiheitsideen, die, gegründet auf die Solidarität aller Völker, sie zu unerbittlichen Gegnern des Krieges macht und sie zwingt, die Idee der Freiheit und Gerechtigkeit unflöchlich mit der Friedensidee zu verknüpfen.

Die ganze internationale Arbeiterbewegung hat den Friedenswillen des Proletariats zu ihrem Ausgangspunkt. Für den Frieden arbeiten, heißt für die proletarische Befreiung arbeiten!

Diese Wahrheit hatte zu allen Zeiten ihre Geltung; sie hat sie heute mehr als je.

Die Welt — und namentlich Europa — kann sich aus dem Elend und den Ruinen des Krieges nur erheben durch den Frieden — durch einen Frieden, der die Zusammenarbeit der Völker ermöglicht, die mehr als je ihre Kräfte vereinigen müssen, um der wirtschaftlichen Desorganisation und dem finanziellen Zusammenbruch, die den durch Krieg verursachten Katastrophen neue hinzufügen, ein Ende zu machen.

Gegenüber dem auf der schlimmsten sozialen Rückständigkeit gegründeten völkerverhebenden politischen Nationalismus, gegenüber dem wirtschaftlichen Nationalismus, von dem nur der Besitz profitiert, muß die Arbeiterklasse eine internationale Organisation der Wirtschaft fordern, die sich auf der friedlichen Zusammenarbeit aller Völker und auf dem Prinzip der internationalen Verteilung der Rohstoffe aufbaut.

Laut und allen vernehmlich muß die Arbeiterklasse ihre Stimme für ihre Forderungen und Grundsätze erheben.

Sie muß die tatsächliche Organisierung des Friedens fordern durch eine allgemeine Abrüstung, um zugleich die Völker von unerträglichen Lasten zu befreien

sowie durch Errichtung eines obligatorischen Schiedsgerichtes zur Schlichtung internationaler Streitigkeiten.

Die Arbeiterklasse muß ferner alle ihr zukommende soziale Gerechtigkeit verlangen, indem sie auf einem immer weiteren Ausbau der Rechte der Arbeit besteht.

Die internationale Arbeitergesetzgebung darf nicht toter Buchstabe bleiben; die Abkommen müssen durch gesetzliche Festlegung lebendige Wirklichkeit werden.

Die Schaffenden, die Schöpfer des Reichtums, durch deren Arbeit die Gesellschaft lebt, fordern ihren Anteil an der Kontrolle und Verwaltung in der Organisation des Produktionsprozesses und der Verteilung der Güter.

An den sozialen Errungenschaften des Achtfundentages und der Sozialversicherung, diesen wichtigsten eroberten Posten, muß festgehalten, auf ihre Verallgemeinerung unablässig hingearbeitet werden.

Die Eroberung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter sowie die Reorganisation der Wirtschaft sind unerlässlich für eine wirksame Bekämpfung und Niederhaltung der kapitalistischen Einflüsse und zur Vorbereitung einer sozialen Ordnung, in der die Früchte der Arbeit nicht mehr den Besitzenden und Bevorrechteten, sondern der Gesamtheit zufallen.

Mit dem Triumph dieser Forderungen wird die Arbeiterklasse den Beweis erbringen, daß sie reif ist für die Verwirklichung ihrer historischen Mission: die Befreiung der Arbeit durch Frieden und soziale Gerechtigkeit.

Diese Forderungen sollen dem Weltfeiertag von 1924 Sinn und Gepräge geben!

Überall, in allen Ländern muß der Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes bei der Arbeiterschaft Gehör finden! Die Massentundgebung des Proletariats sei ein überwältigendes Zeugnis seiner Kraft, seines erwachten Bewusstseins, seines Willens zum Sieg!

**Für ein besseres Dasein! Für die soziale Gerechtigkeit! Für die Freiheit! Für den Weltfrieden!**

**Für den Internationalen Gewerkschaftsbund:**

L. Jouhaux (Frankreich), Th. Leipart (Deutschland), Corn. Mertens (Belgien)  
Vizepräsidenten.

J. Dubegeest, Joh. Sassenbach, J. W. Brown, Sekretäre.

### Maigedanken.

Wenn die alte Mutter Erde sich in ein neues, ein frisches grünes Gewand kleidet, wenn Winterstürme und -fäste und der wetterwendische April ihrem Ende entgegengehen, gleichsam eine neue Auferstehung der Natur eintritt, dann erhebt sich das Proletariat der ganzen Welt, um für seinen Auferstehungstag zu demonstrieren, um die eisseige Last des Kapitalismus von der Menschheit abzuschütteln, es feiert seinen Feiertag, seinen Weltfeiertag. Ein Monat des Erwachens, der Neubebung der Natur ist der Monat Mai, ein Tag des Erwachens, ein Tag, an dem alle Proletarierherzen nur der eine Wille befeelt, sich eine neue, freiere Welt zu schaffen, ist der 1. Mai, der Tag der in aller Welt demonstrierenden internationalen Solidarität.

Als nach vielen Jahren der Zerrissenheit, nach dem Zusammenbruch der ersten Internationale, am Tag der hundertsten Wiederkehr des Sturms auf die Bastille, am 14. Juli 1889, sich erneut die Arbeitervertreter aller Länder zusammenfanden, um von neuem den internationalen Gedanken fruchtbar werden zu lassen, beschloß man, den 1. Mai als den Weltfeiertag der Arbeit zu proklamieren. Der Kapitalismus hatte große Fortschritte gemacht. Die Industrialisierung war mit großer Schnelligkeit vorwärtsgewand und mit ihr eine Erstarkung der Arbeiterbewegung. Der Arbeiterschuh hatte nicht Schritt gehalten mit der Entwicklung und die Tagung sah ihre größte Aufgabe darin, den Kampf um einen wirksamen Arbeiterschuh aufzunehmen. Der 1. Mai wurde als der Tag bestimmt, an dem die Arbeiter aller Länder ihre Stimme erheben sollten für den Achtfundentag, den Ausbau der Sozialgesetzgebung, für eine neue Menschheitskultur. Auch die Geißel des Krieges erkannte die Arbeiterschaft und für den Völkerverfrieden demonstrierte

sie als eine der Grundlagen zur freierheitlichen Entwicklung und gegen den Imperialismus.

Der 1. Mai wuchs in seiner Bedeutung, seiner Größe von Jahr zu Jahr. Mit der fortschreitenden Arbeiterbewegung schritt der Erfolg für die Arbeiterschaft vorwärts. Einst kühn erträumte und aufgestellte Forderungen waren zur Wirklichkeit geworden. Aber neue Forderungen, neue Gedanken, neue Aufgaben mußte sich die internationale Arbeiterbewegung stellen und mußte weiter kämpfen, um vollends ihr Programm der Sozialgesetzgebung durchzusetzen. So waren die Maitage Kampftage und Feiertage des internationalen Proletariats.

Als im August 1914 erneut das Band der Internationale zerrissen wurde und die Kriegswirren die Länder durchtoben, sank auch der 1. Mai in seiner Bedeutung. Doch er feierte seine Auferstehung mit dem Siege des Proletariats in Deutschland. Der Achtfundentag, die Möglichkeit zum vollkommenen Ausbau der Sozialgesetzgebung waren gegeben, das Proletariat hatte das Schicksal des Landes in die Hand genommen, um Deutschland reif zu machen für den Sozialismus. Die aufstrebende Reaktion, der nur juridgedrängte und nicht zusammengebrochene Kapitalismus hatte die Möglichkeit, im Meinungstreit der Arbeiter sich wieder Erleichterung zu verschaffen und Schritt um Schritt den Einfluß der Arbeiter zurückzudrängen.

Das Proletariat feierte den vorigen 1. Mai im Zeichen der Ruhrbefegung, unter dem Eindruck eines an Deutschland begangenen Unrechts, was den Protest des gesamten internationalen Proletariats hervorgerufen hatte. Der diesjährige Weltfeiertag steht im Zeichen einer sich kräftig regenden Reaktion, die die im harten, opferreichen Kampfe errungenen Rechte der Arbeiterschaft vernichten will.

Schwere Jahre hat das deutsche Proletariat hinter

sich, Jahre, die der Arbeiterbewegung Kraft und dem Arbeiter Gesundheit raubten. Die Inflation hat graufige Arbeit geleistet. An den Rand des Abgrundes waren die Organisationen der Arbeiter gedrängt und mit ihrer Machtlosigkeit vermehren sich die Angriffe der Reaktion; die von der Arbeiterschaft errungenen Erfolge wurden illusorisch gemacht. Der mit vielen Mühen erkämpfte Achtfundentag konnte nur schwer gehalten werden, er wurde von der Reaktion durchbrochen und schrittweise mußte die fast wehrlose Arbeiterschaft zurückweichen. Die Sozialgesetzgebung hat nicht nur einen Stillstand, sondern einen Abbau erfahren müssen. Das angekündigte einheitliche Arbeitsrecht ist eine Ankündigung geblieben. Die Reaktion marschiert in breiter Front. Der Kapitalismus reißt sein Haupt empor und Peitschenhiebe sausen auf den Rücken der Arbeiterschaft.

Aber noch weit mehr steht auf dem Spiel. Die Arbeiterschaft hat sich im November 1918 die demokratische Republik geschaffen. Auf ihrem Boden will die Arbeiterschaft den Sozialismus errichten. Auch die Republik soll ein Opfer der Reaktion werden. Offene und geheime Feinde umlauern sie, um ihr den Garaus zu machen. Die letzte und zugleich die wichtigste Errungenschaft der Revolution ist bedroht, denn sie bietet uns die Gewähr dafür, daß nach dieser Reaktionsperiode die der gefestigten Demokratie, die Periode der aufstrebenden Arbeiterherrschaft, folgt.

Der 1. Mai 1924 steht darum im Zeichen des Kampfes. Im Zeichen der Abwehr reaktionärer Angriffe und im Zeichen der Rückgewinnung verlorener Positionen. Gleich 1889 muß das Proletariat heute an seine Fahnen die Forderungen heften: Her mit dem Achtfundentag, Ausbau der Gesetzgebung, für den Völkerverfrieden, für Erhaltung der Republik, für eine neue Menschheitskultur, für den Sozialismus. Die

Depression in der Arbeiterchaft ist vorüber. Erneut zum Kämpfen, zum Schaffen steht das Proletariat auf. Nach den Jahren der Verzweiflung folgt die Erhebung und zeigt sich der Wille zum Kampf. Millionen Proletarier sind bereit, für ihr Ideal einzustehen, es hat die sie umgebende Gefahr erkannt. Es schmiedet seine Waffen zum Kampf mit dem Bewußtsein, sie zum Siege zu führen. Es war, als ob ein Schatten der Hilflosigkeit sich auf die Arbeiterbewegung gelegt hatte. Jetzt erkennen die Arbeiter wieder, daß die proletarischen Organisationen den Weg der Zukunft zeigen. „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.“ Dieser Ruf von Marx dringt am 1. Mai in jede Proletarierbrust. Alle Proletarier scharen sich um die Banner ihrer Organisationen, die die Arbeiterchaft zum Siege führen werden. Schon heute sieht das Proletariat leuchtende Wegzeichen des Sozialismus. In England leistet eine Arbeiterregierung intensive Vorarbeit. Aus Dänemark kam in den letzten Tagen die Nachricht, daß auch hier die Arbeiterchaft den Sieg davongetragen hat. Nicht Zusammenbruch, sondern neues Leben, neue Taten, neue Erfolge des Sozialismus bringen uns die Nachrichten aus der ganzen Welt. Die Idee des Sozialismus marschiert.

Das gesamte internationale Proletariat schaut in dieser Zeit auf das deutsche Proletariat. Die deutsche Reaktion ist eine Stütze der gesamten internationalen Reaktion. Fällt sie, dann ist der Weg für den internationalen Sozialismus frei. Hier liegt die große Aufgabe des deutschen Proletariats. Die Arbeiterchaft Deutschlands muß den 1. Mai durch wuchtige Kundgebungen begehen. Kein Mann darf fehlen, alle muß der Wille befehlen, den Kampf mit der Reaktion aufzunehmen. Am 1. Mai rüttelt alle Säuglinge auf zur Demonstration. Zu Millionen müssen die Arbeiter ihre Fahnen erheben. Durch unsere Kräftefaltung wird die Reaktion gebannt, werden Zweifel und Vörgler auf den richtigen Weg gewiesen. Am 4. Mai demonstriert das Proletariat nochmals mit dem Stimmzettel. Mit der frischen Natur zieht ins Proletariat ein neuer Geist. Allen Proletariern ist der 1. Mai das Wahrzeichen einer neuen Zukunft, einer neuen, die Menschheit beglückenden Zeit, einer neuen Kultur, der 1. Mai ist das Wahrzeichen der Menschheitsbefreiung vom Kapitalismus und ist der Tag, an dem alle Proletarier ausbrechen in den Ruf: Hoch der Sozialismus!  
H. K., Berlin.

## Lohntampf und Wahlkampf.

Gewöhnlich werden diese Dinge auseinandergehalten. Für den Lohntampf sind die Gewerkschaften, für den Wahlkampf die Parteien da. Aber es gibt Situationen, in denen der Lohntampf zum Gegenstand des Allgemeininteresses wird, wie dies beim Konfektionsarbeiterstreik 1896, beim Streik der Hamburger Hafenarbeiter 1898, beim Crimmloher Textilarbeiterstreik 1903/04, beim Bergarbeiterstreik 1912 der Fall war, besonders dann, wenn es sich um Probleme handelt, die, falls der Kampf zwischen Kapital und Arbeit keine Entscheidung bringt, im Wege der Gesetzgebung gelöst werden müssen. Und es gibt Lohntämpfe, die wiederum erst durch die Gesetzgebung aufgelöst werden, wie die Kämpfe um die Arbeitsdauer, die wir der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 und besonders der Arbeiterfrageung der geltenden Tarifverträge zu danken haben. Schließlich sind die gesamten Lohnkämpfe während der Inflationsperiode zu rechnen als ein ebenso ständiger wie vergeblicher Versuch der Gewerkschaften, den Folgen einer durch die Gesetzgebung nicht verhüteten Selbstentwertung fertig zu werden.

Aber man braucht die politische Seite des Lohnkampfes noch gar nicht einmal so zu verallgemeinern. Es genügt schon, an den starken Einfluß zu erinnern, den der Staat auf die Lohnbewegungen durch seine Schlichtungs-

instanzen ausüben kann und der durch das Mittel der Verbindlichmachung von Schiedssprüchen sogar Lohnkämpfe verhindern und einer Partei einen Schiedsspruch gegen ihren Willen aufzwingen kann. Dieses Recht war der Regierung während der Demobilisierungszeit verliehen worden als Ausfluß jener gemeinwirtschaftlichen Einstellung, die Kämpfe verhüten wollte, um die Ueberzeugungswirkung zu fördern. Die Demobilisierungsverordnungen sind fast alle abgebaut, aber der Zwangsschiedsspruch ist geblieben. Man kann ihn für nützlich oder für schädlich halten. Starke Gewerkschaften werden in ihm eine bedeutliche Stützung des Koalitionsrechtes erblicken. Aber sicher ist, so lange ein solches Zwangsschiedsrecht besteht, ein starkes Moment der Politisierung der Lohnkämpfe gegeben, da die Anwendung dieses Rechts völlig von den regierungsbehördlichen Schlichtern und dem Reichsarbeitsministerium abhängt. Und da das Reichsarbeitsministerium wieder im Sinne der derzeitigen Regierung arbeitet und die Regierung vom Reichstag gebildet wird, so sind die starken Fäden bloßgelegt, die den Lohnkampf mit dem Wahlkampf verbinden.

Im gegenwärtigen Wahlkampf kulminiert sich das Interesse an der Arbeiterpolitik der Reichsregierung in einem Maße, daß alle übrigen Fragen dahinter zurücktreten. Die Regierung, unbeschwert durch sozialdemokratischen Einfluß und daher aller Rücksichtnahme auf Arbeitnehmerinteressen bar, hat sich auf eine Produktionspolitik eingestellt, die lediglich dem Unternehmer zugute kommt. Mehrarbeit, längere Arbeitszeit, niedrige Löhne sind ihr Programm. Sie betätigt es einmal als Arbeitgeber gegenüber ihren eigenen Arbeitnehmern, indem sie deren Arbeitszeit verlängert und sich gegen die Anpassung der Löhne an die Teuerung wehrt. Daher die Lohnbewegungen in der Reichspostverwaltung, die teilweise schon zu Arbeits-einstellungen geführt haben. Sie lehnt aber auch dort den Lohnausgleich ab, wo der Staatsbetrieb ihn zu tragen vermag, und zwar geschieht dies eingeständnermaßen aus Rücksicht auf die Privatwirtschaft. Der Reichsfinanzminister, der die Seele dieser eigenartigen Lohnpolitik ist, hat sich dafür die Theorie zurechtgelegt, daß jede Lohnherhöhung in finanziellen Betrieben solche in der übrigen Wirtschaft nach sich ziehen müsse und einen Mehrbedarf an Zahlungsmitteln erfordere, der die Rentenmarkt gefährde. Mögen die Preise also wieder in die Höhe gehen, mögen die Mieten steigen, jeder Lohnausgleich ist aus Rücksicht auf die Stabilität der Währung abzulehnen. Es sei daran erinnert, daß das Reichsfinanzministerium am 14. Januar d. J. in einem Schreiben an das Reichsarbeitsministerium einen Druck im Sinne dieser Lohnpolitik auszuüben suchte, aber von letzterem eine Ablehnung erfuhr. Ein Jahr zuvor hatte das Reichsarbeitsministerium eine Rundgebung gegen Lohnherhöhungen (die damals nichts anderes als ein Ausgleich gegen Teuerung bedeutete) veröffentlicht, und eine Denkschrift des Reichsfinanzministers vom 30. September 1922 über die geltende Gehaltsliste enthielt bereits alle Argumente gegen die Anpassung der Löhne an die Teuerung. Das Reichsfinanzministerium weiß natürlich sehr gut, daß die Wirtschaft und die Währung nicht nur durch Niedrighaltung der Löhne entlastet, ja auch die Dauer überhaupt nicht auf Kosten der Arbeiter saniert werden können, sondern daß nur eine Vereinfachung der Wirtschaft von ihren Schmarokern und überflüssigen Unkosten eine dauernde Besserung verpricht. Aber es weiß auch, daß die privaten Wirtschaftsführer auf solche Moralreden pfeifen und durch die Rentenmarkt-Wart die Reichsfinanzen scharf kontrollieren. Es stellt seine Taktik daher ein auf die Seite des geringsten Widerstandes, und das sind zurecht die Arbeitnehmer, deren Organisationskraft durch die Inflation gelitten haben, deren Schlagkraft durch die Krisis gelähmt ist. Auf Schwäche braucht man keine Rücksicht zu nehmen — das ist die Moral des Reichsfinanzministers, die natürlich die volle Billigung der Arbeitgeberverbände findet. Das Reichskabinett hat sich diese Taktik zu eigen gemacht, verhindert die Durchführung abgelaufener Lohnverträge und teilt Lohnherhöhungen im Eigenbahnen ab, alles für die Stützung der Rentenmarkt, die die Arbeiter retten soll.

Hier wird von der Reichsregierung eine zentrale Lohnpolitik betätigt, die sich in verhängnisvollster Weise gegen die Arbeitnehmer richtet. Und die Arbeitgeberverbände, die sonst die Einmischung der Regierung in die Wirtschaft nicht scharf

genug zurückweisen können, jubeln dieser Politik zu und benehnen sie als Sturmböck gegen das Reichsarbeitsministerium, falls dessen Schlichtungsbehörden irgendwo den Lohnforderungen der Arbeiter nachgeben könnten. Sie betreten dem Reichsarbeitsministerium jede zentrale Lohnpolitik, es sei denn die des Reichsfinanzministers.

Kann die Arbeiterchaft angesichts dieser Kämpfe im Güterhimmel der Regierung noch daran zweifeln, daß es sich bei den bevorstehenden Wahlen um mehr handelt als darum, ob diese oder jene Konstellation von Parteien zur Regierung gelangt. Es handelt sich bei dieser Reichstagswahl für das Unternehmertum um die dauernde Stabilisierung seines Einflusses auf die Regierung und Wirtschaftspolitik. Das bedeutet für die Arbeiterchaft die dauernde Befestigung einer arbeitfeindlichen Arbeitszeit und Lohnpolitik, die Stabilisierung der Mehrarbeit und des Hungers, die Ueberwindung aller Kriegsfolgen auf Kosten der Lage der Arbeiter. Lohnkampf und Wahlkampf sind diesmal dasselbe; es sind verschiedene Seiten des gleichen Problems. Eine alte Erfahrung zeigt, daß Lohnkampf und Wahlkampf einander ergänzen. In Perioden wirtschaftlichen Drucks, wenn die Widerstandskraft der Gewerkschaften erlahmt, siegen die Stimmengruppen der politischen Arbeiterparteien. Die Arbeitermassen lüchten dann instinktiv nach einer Verstärkung ihres politischen Einflusses. Auch heute ist der deutschen Arbeiterchaft die Gelegenheit gegeben, den rücksichtslosen wirtschaftlichen Gegner in seiner politischen Position anzugreifen, seine Macht zu erschüttern, seine Hoffnungen zu zerbrechen. Es kommt auf jede Stimme an, die den Parteien des Kapitals entgegen und der Partei der Arbeit zugewendet wird. Aber auch die zielbewusste Arbeiterpolitik bildet keine Stimmenzersplitterung. Kein Arbeiter, der seiner Gewerkschaft mit Ueberzeugung angehört, kann seine Stimme einer Partei geben, die die Gewerkschaften betämpft und zerstören will. Nur der Sieg der altbewährten politischen Arbeiterpartei verleiht uns eine soziale Wiederaufbau- und Wirtschaftspolitik, in der der Arbeiter zu seinem Lohn und zu seinem Rechte kommt.

## Wie müssen die Gewerkschaften den Wohnungsbau fördern?

„Was sollen die Gewerkschaften nicht alles fördern, was müdet man uns zu? Nächstens sollen wir die Gewerkschaften auch noch auf die Förderung des „Bereins zur Verwertung von Lumpen, Glas und Papier“ einstellen. Auch für diese Förderung wird man uns mit „volkswirtschaftlichen“ Gründen zu geminnen suchen. Schließlich sind die Gewerkschaften nicht dazu da, alle Sünden der privaatkapitalistischen Wirtschaft zu heilen. Wer uns diese Aufgabe stellt, verzettelt die Kräfte der Gewerkschaften und macht sie vollends sturmreif für das Unternehmertum. Also verschont uns mit neuen „Aufgaben“. An der Bildung der alten haben wir noch mehr als genug zu tun. Und heute, wo das Privatkapital den Achtstundentag berennt und die Löhne abbaut, wäre es geradezu ein Verbrechen, wenn wir die Zeit, die Kraft und die Mittel der Gewerkschaften für neue Aufgaben zur Verfügung stellen sollten.“

So ungefähr wird der Gewerkschaftsführer denken, wenn er die Uebergriffe dieser Anregung liest. Auch die Masse der Arbeiter? Gewiß, ein gewerkschaftlich gesdullter Arbeiter weiß was eine Konzentration der Kräfte im Kampf bedeutet. Auch ihm liegt das Hemd näher als der Rock. Höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen erscheinen ihm zunächst wichtiger als die Teilnahme der Gewerkschaften an den allgemeinen Problemen der Wirtschaft. Diese Teilnahme wird ihm noch weniger wichtig erscheinen, wenn man von ihm Opfer erwartet, die nicht seine für jeden einzelnen sichtbare Erfolge zeitigen. Aber der Arbeiter und Angestellte ist nicht nur Lohn- und Gehaltsempfänger, sondern auch Lohn- und Gehaltsausgeber, er ist nicht nur Produzent, sondern auch Konsument. Und gestehen wir offen, daß die Gewerkschaften die Sorgen und die Schmerzen der Lohnausgeber nicht in dem Maße mitgetragen haben, wie die Sorgen und

## „Billiges Fleisch.“

In dem kleinen Metzgerladen drängten sich am Ende der Woche die Käuferinnen. Metzger Puhmanns Geschäft lag direkt mitten im Fabrikviertel drin. Da Freitags Lohnzahlung war, so bedeutete für Puhmann der Tag und der darauffolgende Samstag kein eigentliches Hochbetrieb. Die übrigen vier Tage hätte er ruhig schließen können, da nahm er noch nicht so viel ein, als er für Licht ausgegeben hatte. Die Leute waren bitter arm.

Heute stand wieder alles voll. Es war 3½ Uhr, die schnellsten der Arbeiterfrauen waren schon da. Alle die, die wußten, daß, wer am frühesten kommt, die größte Auswahl hat, säumten den Laden ein.

„So bitte, ein Pfund Schweinefleisch. Eine Marre zehn“, sagte Puhmann.

„Sie sind wohl verrückt? Schon wieder fünfzehn Pfennige teurer?“

„Ja“, sagte der Metzger, „ich hab' mich auch gemundert über die Preise auf dem Schlachthof, das geht auf keine Kuhhaut mehr.“ Es sollte nicht klagen.

„Na nu hören Sie man auf — Sie und wundern, Sie haun doch auch noch Ihre paar hundert Prozent drauf.“

„Unser Schornstein will auch rauchen, Frau Kühn, besonders jetzt, wo die Regierung einen jeden Pfennig wieder nimmt. Die da oben gehören gehängt.“

„Die da oben“, höhnte Frau Kühn, „wenn man etwas nicht verteidigen kann, dann schießt man's auf“, die da oben.“ Das ist bequem, das ist billig, das kann nicht von jedem kontrolliert werden, kurz: ein Freibrief.“

Der ganze Laden stand ob dieser Einwendung von Frau Kühn Kopf. Zehnmal ertönte es:

„Nu, das stimmt doch!“ „Die faulen Köpfe!“ „Alles bloß für die eigene Tasche!“ „Gefoote Gesellschaft!“ „Beistochenes Gekumpel!“ und so fort mit Wonne.

„Ach, das keine Lust, die Regierung zu verteidigen.“ rief die Kühnste in den brodelnden Kessel hinein, „mir gefällt

se doch nicht. Aber wir hamn es am 4. Mai doch in der Hand, eine bessere Regierung zu bekommen.“

„Hörst du“, schrie eine junge Frau, „die machen da oben doch, was sie wollen.“

„Das ist, verstehen Sie, blankes, leeres Gerbe. Wie am 4. Mai die Wahlen ausgehen, so wird die neue Regierung aussehen. Genau so und nicht einen Knopf anders.“

„Lun Sie sich so viel Knochen an, Sie Gauner“, rief eine Kundin, „ich will Fleisch für mein Geld.“

„Westeich ist da doch die Regierung schuld?“ rief jemand hinten und alles lachte. Puhmann aber machte böse Augen.

„Wieso denn grad am 4. Mai?“ fragte eine junge Mädchen Frau Kühn.

„Nu, weil wir da alle den Reichstag neu wählen. Bringen wir eine starke Linke in den Reichstag, bekommen wir eine republikanische, volksfreundliche Regierung, wählt aber das deutsche Volk wieder so einen rückgratlosen Jaufen, wie 1920, dann bekommen wir eben wieder eine Regierung des Wirtschaftsfalles. Das ist das ganze Gebelminis.“

„Wenn ich Ihnen einen Rat geben soll, Leute“, rief Puhmann, „dann wählt bloß keine Roten; wie wir von der Sorte nicht so viel gehabt haben, da hat's Fleisch bloß 70 Pfennige gekostet.“

Der ganze Laden war zunächst ein wenig sprachlos. Etwas, als wenn jemand plötzlich gefragt hätte: „Zu Hause brennt's bei euch.“

Aber nur für Sekunden. Frau Kühn bäumte sich ordentlich auf: „Das wasen Sie den Leuten zu sagen? Sie als Geschäftsmann wissen ganz gut, daß wir in den Fleischpreisen den verlorenen Krieg, die Verschleppung zum Wiederaufbau, die Reparationen, die Ruhrpreise, die zerrüttete Währung und was weiß ich sonst noch alles, mitbezahlen und daß Sie heute auch mehr einkaufieren als zu früher. Was haben damit die Sozialdemokraten zu tun?“

„Ach Sie...“ brummte der Metzger, „das weiß doch jedes Kind.“

„Zinsdrehend aber auch bloß die politischen Kinder. Die anderen wissen recht gut, wo ihre Wutausläufer sitzen. Daß

die Sozialdemokraten den Himmel auf Erden nicht hervorzaubern konnten, lag doch bloß daran, weil ein Teil der Wähler bei der letzten Wahl statt verlag hat, weil dann noch die Vertreter des Bürgertums im Reichstag ihre Pflicht nicht getan haben und weil ein Land, das fünf Jahre lang sein Volksovermögen zum Fenster hinausgeworfen hat und dann sich noch den Ruhrkrieg leistete, auf keinen grünen Zweig kommen kann, besonders wenn die Industrie, wie bei uns, gegen die eigene Arbeiterchaft frondiert.“

„Jawohl!“ „So ist es!“ So klang es jetzt aus dem Kreis der Käuferinnen. Ein bleiches junges Mädchen sagte: „Denen zullebte sollen wir jetzt wieder zehn Stunden schufteln. Und da gibt's noch Arbeiterleben, die sich lutschen und sich anschnaideln, anstatt mit der Faust auf den Tisch zu schlagen und zu ihren Leuten zu halten. Das Volk wird nicht eher gefeiert, bis ihm das Fell über die Ohren gezogen ist. In roten Stimmzetteln muß die Bande erlösen.“

Der Metzger sagte kein Wort mehr, er sah, gegen diese Stimmung konnte er nicht aufkommen.

Eine alte Frau leuzte: „Wenn ich es doch erleben möchte, daß die Zustände besser werden, ich verweise aber dran.“

Frau Kühn, die schon unter der Tür stand, diese Worte aber gerade noch gehört hatte, drehte sich noch einmal um: „Wählen Sie nur am 4. Mai auch sozialistisch, dann tragen Sie ein Steinchen zum Bau der Zukunft bei. Die Arbeit ist schwer. Aber sehen Sie: Die alten Dombaumeister haben auch nicht das Ende ihrer Arbeit erlebt und doch den Bau begonnen, wissend: einmal wird er fertig. So müssen wir es machen, uns hält die Hoffnung, daß der Bau einmal vollendet wird.“

„Wer diesen Glauben haben könnte“, sagte jemand im Laden

„Den Glauben hat, wer sozialistisch fühlt, der. Ich und handelt. Auf Wiedersehen.“

Im Laden aber trat eine nachdenkliche Stille ein. Man hörte nur flüstern und das Geräusch der Waage, wenn das Fleisch klatschend draufgeworfen wurde.

„Rüchste doch jede Frau so für unsere gute Sache wirken.“

Schmerzen der Lohnempfänger. Hier kauft eine Rade in der gewerkschaftlichen Betätigung, eine Rade, die jedem Arbeiter für sich ist, und auf seinem Gebiet heute so sichtbar wird als auf dem Gebiete der Versorgung mit Wohnraum.

Um die Sicherstellung der Ernährung bemühen sich die Konsumgenossenschaften so leicht und recht, wie es ihre Kräfte gestatten. Für die Sicherstellung der Bekleidung haben die Gewerkschaften hin und wieder bescheidene Anläufe genommen. Um die Sicherstellung des Wohnraumes der arbeitenden Volksschichten hat sich aber bisher keine Organisation der Lohn- und Gehaltsempfänger bemüht, sofern man von der sehr beschränkten und ohne jeden Kontakt mit den Gewerkschaften arbeitenden Tätigkeit der einzelnen Baugenossenschaften absteht. Und doch ist die Versorgung der minderbemittelten Volksschichten mit Wohnraum heute eine der wichtigsten Aufgaben, die die Organisationen der schaffenden Volksschichten in die Hand nehmen müssen. Ohne Ernährung und Kleidung kann der Mensch nicht leben. Der Konsum dieser beiden lebenswichtigen Güter läßt sich zur Not einschränken. Die Wohnung läßt sich aber weder entbehren noch ersetzten. Sie muß da sein, sie muß produziert werden. Aber die Besitzer des produzierenden Privatkapitals, die mit Wohnungen versorgt sind, haben an der Produktion von Wohnungen das geringste Interesse. Wird die Produktion von Nahrung und Kleidung eingeschränkt oder teurer, so fühlen es auch die oberen Schichten des Volkes. An der Einschränkung oder gar Stilllegung der Wohnungsproduktion hat das Privatkapital unter Umständen sogar ein sehr wichtiges Profitinteresse, weil damit die Mieten und mit diesen die Bodenpreise und die Grundrenten, kurz das arbeitelose Einkommen, erhöht wird.

Die breiten Massen des wertvollen Volkes sind im höchsten Grade erbittert darüber, daß sie in der heutigen Wohnungsnot einem im wahren Sinne des Wortes „strotzenden“ Schicksal überlassen sind. Gerade der Nachwuchs der Gewerkschaftsmittglieder wird durch die Wohnungsnot am härtesten betroffen.

Heranzuzählen wir uns kurz, um welche Massen es sich hierbei handelt. Vor dem Kriege wurden in Deutschland jährlich etwa 200 000 bis 300 000 neue Wohnungen erbaut. Dieser Umfang der Bautätigkeit war notwendig, um den Bevölkerungszuwachs (jährlich rund 200 000 Hausaltungen) zu beherrschen und um einen Ersatz für die durch hohes Alter und unbrauchbar gewordenen Wohnungen zu schaffen. Nach dem Kriege haben wir durchschnittlich und jährlich etwa 40 000 bis 50 000 neue Wohnungen erbaut. Schon hieraus ergibt sich für die fünf Nachkriegsjahre ein Fehlbetrag von etwa 1 000 000 Kleinwohnungen. Zu diesem Fehlbetrag kommt aber noch hinzu der Bedarf an Wohnungen, der durch die ausgewiesenen und flüchtigen Familien und die aus den Kolonien und aus dem Ausland zurückgekehrten Auslandsdeutschen entstanden ist. Insgesamt kann der Fehlbetrag an Wohnungen in Deutschland zurzeit auf 1 1/2 Millionen oder 10 Proz. des normalen Sollbestandes geschätzt werden. Mit anderen Worten: etwa zehn Generationen von Wohnungsbedürftigen sind zurzeit in Deutschland unversorgt. Die Mehrzahl dieser Unversorgten gehört den arbeitenden Volksschichten an.

Besteht in Deutschland irgendeine Organisation, die sich der Wohnungsnot der minderbemittelten Volksschichten tatkräftig annimmt?

Reich, Länder und Gemeinden haben nach dem Kriege wohl eine Wohnungsfürsorgepolitik betrieben. Aber abgesehen von ihrer Unzulänglichkeit kam diese Wohnungspolitik — von Ausnahmen abgesehen — mehr den bemittelten Volksschichten als den unbemittelten zugute.

Die Wohnungsfürsorgegesellschaften wurden aus hier nicht weiter zu erörternden Gründen gleichfalls auf eine Politik zugunsten derjenigen Volkskreise eingestellt, die aus eigener Tasche namhafte Geldmittel für den Bau von Wohnungen aufbringen konnten.

Die Baugenossenschaften waren schon auf Grund ihrer gesellschaftlichen Konstitution nicht in der Lage, eine tatkräftige Wohnungsfürsorgepolitik zu betreiben, weil sie mehr auf Vermietung als auf Neubau eingestellt waren.

Besätzlich die nach dem Kriege geschaffenen Treuhandstellen für Bergmannslehdungen haben eine konsequente Arbeiterwohnungs-fürsorgepolitik verfolgt. Aber diese Treuhandstellen und Siedlungsgesellschaften der Bergarbeiter sind nach der Beseitigung ihrer wichtigsten Finanzquelle, der Kohlenabgabe, zur Liquidation gezwungen.

### Als wir noch einen Kaiser hatten!

„Er“  
reiste wieder mal durch sein Land und gnädig, wie immer, beehrte er auch einen biederen Landjunker mit seinem Besuche. Der Schmarrschalk legte den also Geehrten rechtzeitig vorher von der höchsten Heimsuchung in Kenntnis und bat, einen würdigen Empfang zu bereiten.

Was auch mit Hilfe von zwei neuen Hypotheken und wochenlangem Schweißergießen sämtlicher Kassen des Gutes geschah.

Der große Tag kam heran, und alles war herrlich zugerichtet. Das liebe Dorfweib war mit Rosenöl beträufelt worden, und der Kuhstall schimmerte in einer Pracht, wie der große Spiegelsaal in allerhöchstem Schlosse in Berlin.

„Er“ kam, begaubeerte alles mit seiner Liebenswürdigkeit und nahm nach einer Biergestunde gnädigen Abschied mit den hübschen Worten: „Und was mich am meisten gefreut hat, mein lieber R., ist, daß Sie so gar keine Umstände gemacht haben!“

### Wätschle Rangordnung.

In einer Instruktionstunde beehrte ein Feldwebel seine Retrunen über die Geheimnisse der Ehrenbezeugung gegen ihre Vorgesetzten. Erst kommt die Garde, dann die Linie und schließlich ist auch noch die Marine da, die haben zwar Krügen wie's Jüvel und holen wie's Jüvel, aber ich kann euch nicht helfen, arischen müßt ihr sie doch!

### Der deutsche Idealismus.

In Offenbach war der Dorfschulmeister meistens darauf angewiesen, bei den reichen Bauern und dem Gutsherrn seines Dorfes reihum zu essen, was einen integrierenden Teil seines flüchtigen Gehaltes ausmachte. Die Kost war in seiner Absicht nicht zu lippig gehalten, um den ansehenden Volksbildner vor Wöllerei und daraus resultierendem Uebermut zu bewahren. Und so kam es denn vor, daß einmal von dem ledernen Maße etwas übrig blieb. Das Maßchen wurde das der Frau Gutsbesitzer:

Aus allen diesen Erwägungen heraus hat sich der DGB, in Verbindung mit dem AFD-Bund und dem Allgemeinen deutschen Bauernbund entschlossen, eine „Reichswohnungs-fürsorgegenossenschaft für Beamte, Angestellte und Arbeiter“ zu schaffen, deren ausschließliche Aufgabe es ist, als Treuhänder der Wohnungsinteressen der minderbemittelten Volksschichten aufzutreten und diese Interessen nicht nur vor den öffentlichen Organen — Reich, Staat und Gemeinden —, sondern auch vor allen anderen Instanzen des privaten und öffentlichen Bau- und Wohnungsmarktes zu vertreten und die Wohnungsfürsorge der minderbemittelten Volksschichten nach dem Grundsatz der organisierten Produktion für den organisierten Konsum zu fördern.

### Ein Wort an die Arbeiter!

„Wäre ich ein reicher Grundbesitzer, so wählte ich konjunktiv.“

„Wäre ich ein reicher Fabrikant, so wählte ich nationalliberal.“

„Wäre ich ein reicher Großhändler oder Börsianer, so wählte ich freisinnig.“

„Wäre ich aber ein Arbeiter, so wählte ich ganz selbstverständlich sozialdemokratisch.“

Amisrichter v. Köster, 1912.

### Deutsche Arbeiterjugend als Bettler im Ausland?

Vom Jugend-Sekretariat des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wird uns geschrieben:

Die Not der letzten Zeit, besonders die große Arbeitslosigkeit, brachte bereits im vergangenen Sommer jugendliche Arbeiter in größerer Anzahl auf den Gedanken, ihr Glück im Ausland zu versuchen. Da die uns umgebenden Länder, besonders die deutschsprachigen, selbst Ueberfluß an Arbeitskräften hatten und ja auch noch haben, konnte nicht der ordnungsgemäße Weg der Emigration begangen werden, sondern man übertritt die Grenze „schwarz“, d. h. ohne Paß und ohne Einreiseerlaubnis. Besonders aus Deutsch-Oesterreich und aus der Tschechoslowakei kamen immer und immer wieder Mitteilungen darüber, daß junge deutsche Genossen die Unterstützung der dortigen Arbeiter- und Jugendorganisationen in Anspruch nehmen. Da nämlich an ein Arbeitsfinden nicht zu denken war, schlug man sich mehr schlecht als recht mit Mülligieren, Singen und Tanzen herum und nahm die Einrichtungen der Arbeiterchaft wie auch Volkshäuser, Herbergen usw. in Anspruch.

Mehr unternehmungslustige Gruppen von Wanderern machten an den Grenzen des deutschen Sprachgebietes nicht halt, sondern durchstießen den Balkan, Italien und wandten sich im Norden auch Skandinavien zu. Bemerkenswert dabei werden, daß es sich durchaus nicht nur um die Arbeiterjugend hierbei handelte, sondern auch Schüler und Studenten verhielten sich, ihre Ferien auf ähnliche Weise billig zu verbringen.

Dem einzelnen oder der kleinen Gruppe, die solche Fahrten unternimmt, wird in der Regel nicht zum Besuhten kommen, welche Eindrücke durch solche Betteifahrten bei der Bevölkerung des jeweils in Frage kommenden Landes herbeigeführt werden. Man muß ausländische Genossen, die viel in ihrem Land herumkommen, hören, um die öffentliche Meinung kennen zu lernen. Ueberwiegend kommt dabei immer wieder zum Ausdruck, daß das Ansehen der Deutschen im Ausland leidet, wenn ganze Gruppen junger Menschen in die Welt hinausgehen, um die Mitleidigkeit anderer Völker in Anspruch zu nehmen.

Auch vor dem Kriege waren es junge Deutsche, Handwerker nach beendeter Lehrzeit meistens, die ganz Europa durch „Tippeln“ und dabei, soweit keine Arbeit zu bekommen war, mit „Fechten“ ihr Leben fristeten. Die heutigen „Tippelfahrten“, in der Wandereressprache „große Fahrt“ genannt, sind aber etwas wesentlich anders geworden. Zunächst einmal werden sie unternommen, auch wenn durchaus festgestellt, daß an Arbeitsfinden nicht zu denken ist. Dann aber wirkt die heutige Wander „Kluft“ unserer Jugend nicht, diese Fahrten in andere Länder zu einer sehr auffallenden

„Gut! Frau, die Schollmeister het noch wat Geten übrig laten — wat fall ic dormit daan?“

„Tu etwas frei daran und gib es der Rahe,“ sagte die gnädige Frau Baronin.

### Das angestammte Herrscherhaus.

Der kleine Ernst kommt freudbebernd nach Hause gekürzt: „Mutter, Mutter, dent' mal, unser Fürst hat heute mit uns gesprochen —“

„So, was hat er denn gesagt?“

„Als er durch den Park ging, habe ich mich vor ihn hingestellt und Hurra gerufen, und da sagte er: „Echer dich aus dem Wege, du dumme Junge.““

### Standpauke.

Was habt Ihr nur, was soll das Gegetre:

„Die Rechte marschier!“ Denkt an das eine,

Daß die Regel des Schicksals nicht blüdings rollt;

Ihr alle habt Macht, es abzuwenden,

Das Wahlfelut liegt in Euren Händen,

Denn: Ihr könnt wählen, genau so, wie Ihr wollt.

Aber manchmal, da verlangt das Kind seine Puppe,

Und was sonst wird, ist ihm absofut schuppe.

Wir mühten ja schon einen Weltkrieg verlieren,

Weil wir gar so lange keinen gehabt hatten

Und uns zu wenig am Stabfuß gelad hatten.

Wollt Ihr also durchaus an den Rhein marschieren, —

Dann wäht ruhig wätschle und reaktionär.

Nur, herrschaften, beschwert Euch nicht hinterher.

Euch vertraut die Verfassung den Stimmzettelschen.

Möcht' Ihr aber durchaus nicht sagen,

Sondern Euch lieber schlafen legen,

Dann bist Du und jeder mit schuld gewesen

An dem, was dann kommt! M. v. R.

Angelegenheit zu machen, während der frühere Handwerksburche sich möglichst wenig öffentlich bemerkbar machte. Schon bei uns im Lande sieht man sich noch erstaunt nach solchen Leuten um, die meinen, durch eine wallende Wähne und vielleicht auch noch durch einen Anflug von Christusbar im garten Anabengesicht ihre höhere Geistigkeit dardum zu mühen. Es läßt sich leicht vorstellen, wieviel mehr diese Erscheinungen in Ländern wirken, die solchen Anblick überhaupt noch nicht gewöhnt sind. Kommt hierzu noch die durch lange Benutzung wachst gewordene Wähne und Kleidung, so ist es erklärlich, daß manche dieser Wanderer für eine Art von Zigeunern gehalten werden, die merkwürdigerweise aus Deutschland stammen.

Diese „großen Fahrten“ haben aber nicht nur eine dem deutschen Ansehen schädliche Wirkung — man erinnere sich nur des Rußes, den italienische Gipsfigurenhändler und slawatische Kaufmannshändler vor dem Kriege bei uns hatten —, sondern bringen die jugendlichen Wanderer selbst auch in unangenehme Situationen. Wer als Deutscher ohne Paß und Einreiseerlaubnis im Ausland betroffen wird, wird verhaftet und eingesperrt. In Rumänien wurde im vergangenen Jahre eine Wandergruppe wegen Spionageverdacht festgesetzt. Die deutschen Konsulate sind nicht in der Lage, den Ansprüchen nach Unterkunft und Verpflegung der Wandernden zu entsprechen; Not und Entbehrung sind dann die Folgen.

Wer folchem ungewissen Schicksal entgegen will, der unternehme keine „wilde Fahrt“ ins Ausland. Die Verbände der Jugend und auch die Gewerkschaften sind aber auf der anderen Seite in der Lage, den berechtigten Wünschen ihrer Mitglieder nach Remissionen fremder Länder und Völker zu entsprechen. Dann wird, gut vorbereitet, in Verbindung mit den ausländischen Organisationen, die Reise einen solchen Verlauf nehmen, wie sie sowohl dem einzelnen Teilnehmer, wie auch dem Ansehen unseres Volkes am dienlichsten ist.

Voraussetzung dazu ist aber auch, daß die einengende Bestimmung der Regierung, die es Arbeitern und Angestellten unmöglich macht, nach dem Auslande zu reisen, beseitigt wird. Es muß darauf hingedrängt werden, daß Ferienaufenthalt und Studienreisen nicht nur reichen Leuten vorbehalten bleiben, die das Geld dazu haben, für eine Unbedenklichkeitserklärung des Finanzamtes 500 M. zu zahlen.

### Aus dem Steinbrudgewerbe.

Leipzig.

Nachdem die zum drittenmal angelegte Lohnverhandlung infolge der prologierenden Pfenniglohnangebote seitens der Steinbrudbetreiber wieder gescheitert war, hatte eine berechtigte Erbitterung innerhalb der Kollegenchaft sich gegriffen, die in einzelnen Betrieben durch Kündigungen, in anderen Betrieben durch sofortige Arbeitsunterbrechung ihren Niederschlag fand. Nach ein- resp. anderthalbtägigem Streik in 4 Firmen wurde auf dem Verhandlungswege mit den einzelnen Firmen vereinbart, den männlichen Hilfsarbeitern über 21 Jahre 5 M., von 17 bis 21 Jahren 3 M., den jugendlichen 2 M., dem weiblichen Hilfspersonal über 18 Jahre 3 M., unter 18 Jahren 2 M. Lohnverhöhung ab 29. März zu gewähren. Gleichzeitig wurde für Wittwoid, den 9. April, ein neuer Verhandlungstermin angelegt. Aber auch die Ereignisse der letzten Tage, während der die Kollegenchaft in den einzelnen Firmen ihrem Prinzipal persönlich ihre ketttraurige Lage vor Augen geführt hatte, war ohne Eindruck auf die Unternehmer geblieben, auch diese Verhandlung mußte auf Grund der unbefriedigenden Zugeständnisse von unserer Lohnkommission nach fünfständiger Verhandlung ergebnislos abgebrochen werden. Da noch am selben Abend mit den Bauhütern eine Einigung erzielt wurde, erludte uns der Syndikus der Prinzipale, nochmals den Versuch einer Einigung zu machen. Die sofort zusammenberufene Lohnkommission unterbreitete noch einige Verbesserungsvoor schläge auf telephonischem Wege, die angenommen wurden, so daß in letzter Minute eine Erschütterung im Leipziger Steinbrudgewerbe verhindert werden konnte. Daß die Arbeitszittfrage ganz selbstverständlich für die Prinzipale die Hauptrolle spielte, sei der Objektivität halber mit erwähnt. Unsere Lohnkommission legte die Besprechung dieser Frage ab, da die betreffende Sitzung nicht dafür in Frage kommen konnte. Vereinbart wurde:

	Steinbrudleiter		Hilfsarbeiter	
	Mindestlohn	Zutage	Mindestlohn	Zutage
über 24 Jahre, verh.	26,—	5,17	24,—	4,02
„ 24 „ ledig	23,50	2,89	22,—	2,54
von 21—24 „ verh.	22,—	4,91	20,50	3,19
„ 21—24 „ ledig	20,—	2,95	18,50	1,81
„ 19—21 „ verh.	19,—	4,29	18,—	2,45
„ 19—21 „ ledig	17,50	2,16	16,50	1,17
„ 17—19 „	15,—	2,—	14,—	1,41
„ 16—17 „	„	„	„	9,50
„ 15—16 „	„	„	„	6,50
„ 14—15 „	„	„	„	5,50

Steinbrudleiter erhalten dieselben Mindestlöhne wie Steinbrudleiter.

	Angelegten		Hilfsarbeiterinnen	
	Mindestlohn	Zutage	Mindestlohn	Zutage
Notarhanlegerinnen	15,50	3,15	über 20 J.	18,25
Apparatführerinnen	15,—	2,59	v. 18—20 „	12,—
Angelegten	15,—	2,59	17—18 „	9,—
Steinbrudanlegerinnen	15,—	2,59	16—17 „	7,50
Ausleger, „	13 J.	1,97	15—16 „	6,50
„	unt. 13 „	1,48	14—15 „	5,50

Für Bronzier, Lackturm- und Federarbeiten mit der Hand und an Maschinen werden für jede Stunde als Extraentschädigung 0,03 M. gewährt. Wird unmittelbar an der Druckmaschine mit der Hand bronziert oder lackiert, erhalten Angelegten und Bogenführerinnen ebenfalls diesen Zuschlag.

Das Wotkommen ist erstmals kündbar am 2. Mai für 9. Mai 1924.

Erstmalig zahlbar, Freitag, den 11. April 1924. In den Firmen, in denen ein früherer Zahlungstermin ist, bleibt dieser bestehen.

Wir welchem Gefüß das Ergebnis von der Kollegenchaft aufgenommen wurde, zeigte die am 10. April nach der Grünen Schenke einberufene Branchenerammlung, die

überaus zahlreich besucht war. Überall wurden Stimmen laut, diese Hungerlöhne abzulehnen. Nur unter größter Anstrengung, unter Hinweis auf Disziplin und Geschlossenheit wurde gegen eine große Minderheit dem Abschluß zugestimmt. In einer mit zweidrittel Mehrheit angenommenen Entschließung heißt es:

„Die Versammelten verurteilen einstimmig das rüchliche Verhalten der Prinzipale, die ohne Rücksichtnahme auf die traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse des Hilfs-personals eine Lohnpolitik treiben, wie sie in keinem anderen Gewerbe zu verzeichnen ist.

Nach reichlicher Ueberlegung und unter Berücksichtigung aller Gründe und Gegenstände, stimmen die Versammelten unter schwerstem Bedenken diesem Abkommen zu.

Ihrer Lohnkommission sprechen alle ihr volles Vertrauen aus. Gleichzeitig erwarten sie von ihrer Lohnkommission, denjenigen Sparten und Altersklassen, die jetzt nicht genügend berücksichtigt sind, in der nächsten Lohnfestsetzung besondere Beachtung zuteil werden zu lassen, um das Zurückgebliebene wieder auszugleichen.

Was die Frage sei hier an die Kollegenschaft gerichtet. Habt ihr aus dieser Lohnbewegung etwas gelernt? Wenn ja, dann schließt die Reihen fester, am 3. Mai ist dieser Abschluß erstmalig kündbar. Wenn nein? Dann schließt ruhig als Kuli weiter.

## Aus den Zahlstellen.

**Görlitz.** Der Kampf um einen gerechten Lohn ist hier am 15. April für uns erfolgreich beendet worden. Er beweist, daß es auch im schwarzen Schiefen möglich ist, auf dem Lohngebiete vorwärts zu kommen, wenn die Mitglieder einig und geschlossen zusammenstehen. Von unseren Mitgliedern wurden 50 Kollegen und Kollegen durch die Hartnäckigkeit der Unternehmer gezwungen, in den Zustand zu treten, die nach einer durch den Oberbürgermeister erzielten Einigung geschlossen die Arbeit wieder aufgenommen haben. Die am 14. April getroffene Vereinbarung sieht ab 29. März einen Spitzenlohn von 29,55 Mk. (Berlin 31,50 Mk.) und ab 3. Mai von 32,00 Mk. (Berlin 35 Mk.) vor. Die Löhne gelten für die 48stündige Arbeitszeit und enthalten keine Leistungszulagen. Die Bewilligung des Lohnes ab 3. Mai erfolgte unter Vorbehalt durch ärztliche Begleitung. Die Arbeitgeber wollen sich für Bewilligung dieses Lohnes voll und ganz einsehen. Mahregelungen finden nicht statt, erlosche Kündigungen werden zurückgenommen. Das alte Arbeitsverhältnis gilt durch die Arbeitsaufnahme wiederhergestellt. Mit Mehrheit wurde diesem Verhandlungsergebnis zugestimmt.

**Leipzig.** Witten in der Steindruckbewegung wurde die Buchdruckerkollegenschaft gezwungen, gegen eine Lohnpolitik ihrer Unternehmer sowie gegen die arbeiterfeindliche Stellungnahme des Reichsarbeitsministers in der Lohnfrage sich zu wehren. Der am 2. April gefällte Schiedsspruch hatte auch in der Leipziger Kollegenschaft hellste Empörung verursacht und zur Verweigerung von Ueberstunden und Mehrarbeit geführt. Gegen diesen Entschluß hielten die hiesigen Prinzipale zu neuem Schritte aus. Eine am 9. April stattgefundene Kreisversammlung beschloß ab Sonnabend, den 12. April, das gesamte Personal auszusperrten. Der Beschluß sollte ausgeübt werden auf alle Betriebe, gleichgültig ob 48 Stunden oder 53 Stunden pro Woche gearbeitet wurde. In ihrer Ausprägung hatten die Herren gar nicht bemerkt, daß hierfür jede gesetzliche Grundlage fehlte, vor allem aber in den Betrieben, wo überhaupt nur 48 Stunden gearbeitet wurde. Der Beschluß war gefaßt. Wie war die Durchführung? Drei Herren aus dem Vorstand reisten tagsüber von Betrieb zu Betrieb, um für die Durchführung zu sorgen. Das Ergebnis war, daß 80 Firmen aussperrten, in fünf Betrieben wurde die Kündigung ausgesprochen, 29 Betriebe sperren nicht aus und 16 Firmen bewilligten die Forderung von 35 Mk. Spitzenlohn. Auf dieses Ergebnis kam sich der Verein der Leipziger Buchdruckereibesitzer wirklich etwas einbinden. Am selben Tag, da die Ausprägung ausgesprochen wurde, erfolgte die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches durch den Arbeitsminister. Daraufhin fand am Sonnabend, den 12. April, auf Veranlassung der Buchdruckereibesitzer eine gemeinsame Sitzung der Gehilfen, Hilfsarbeiter und Prinzipale statt. Nachfolgender Ullas wurde unterbreitet, dem wir zustimmen sollten.

„Die Verweigerung der 53stündigen Arbeitszeit und die damit verbundene auferlegte Forderung von 35 Mk. Wochenlohn stellt einen Tarifbruch dar und hat den Verein Leipziger Buchdruckereibesitzer veranlaßt, die Gehilfenchaft auszusperrten, nicht ohne vorher die Belegschaften auf die Konsequenzen aus ihrem Verhalten aufmerksam zu machen. Die von der Gehilfenchaft getroffenen Maßnahmen sind nach einwandfreier Feststellung durch die Gauleitung angeordnet worden.

Nach Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches ist es nunmehr Pflicht der Gauleitung, für die Durchführung des Schiedsspruches zu sorgen. Sollte wider Erwartung dies nicht geschehen, so ist die Ausprägungsbewegung beendet und die Streiklage beginnt.“

Die ersten zwei Abschnitte wurden unsererseits abgelehnt, da nicht nur die Ausprägung verweigert und nicht ausgesprochen haben, auch ein Beweis über die Schuldfrage der Gauleitung nicht erbracht ist. Zu dem letzten Absatz wurde erklärt, daß wir uns durch die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches einem Zwange fügen. Ganz selbstverständlich verlangen wir die Ausprägungsgeländer bezahlt. Gleichzeitig verlangen wir, in der Lohnhöhe eine Aufbesserung zu erhalten, zumindest die Bezahlung der 1,50 Mk. ab 29. März, was aber glatt abgelehnt wurde. Nach den von uns abgegebenen Begründungen zogen sich die Prinzipale zurück und unterbreiteten nach längerer Besprechung folgendes:

„Wir erklären uns bereit, unseren Mitgliedern anheimzustellen, den Lohnbetrag für den heutigen Sonnabend zur Hälfte zu tragen.

Voraussetzung hierfür ist, daß keinerlei sonstige Ansprüche geltend gemacht werden und am Montag, den 14. April 1924, in allen Betrieben die Arbeit gemäß des für verbindlich erklärten Schiedsspruches wieder aufgenommen wird.“

Auch hierzu konnten wir unsere Zustimmung nicht geben, da alle diejenigen, die bei 48 Stunden Arbeitszeit angesperrt waren, ihr gesetzlich fixiertes Recht aufgegeben hätten. Die noch am selben Tage einberufene gemeinsame Funktionärssitzung von Gehilfen und Hilfsarbeitern nahm zu dieser neuen Sachlage Stellung. Folgende Entschlüsse wurden mit überwiegender Mehrheit angenommen:

„Die am 12. April 1924 im Volkshaus togende gemeinsame Delegiertenversammlung der Buchdruckergehilfen und Hilfsarbeiter des Gaus Leipzig nimmt Kenntnis von der Verbindlichmachung des zentralen Schiedsspruches durch den Reichsarbeitsminister. Dadurch hat der Reichsarbeitsminister wiederholt den Beweis erbracht, daß ihm jedes Verständnis für die Notlage der Arbeiterschaft fehlt.

Wenn die Delegiertenversammlung trotzdem diesem Abkommen ihre Zustimmung nicht verweigert, dann nur im Hinblick auf die für die bevorstehenden Aufgaben und Existenzkämpfe dringend gebotene zentrale Einheit und innere Geschlossenheit ihrer Organisationen.“

Die darauf am Sonntag vormittag stattgefundenen Versammlungen beider Organisationen sprachen sich in eingehender Diskussion im Sinne ihrer Funktionäre aus, worauf obige Entschlüsse ebenfalls mit großer Mehrheit angenommen wurden. Auf Grund dieser Beschlüsse wurde dann am Montag im Laufe des Tages die Arbeit reslos und ohne Reibung wieder aufgenommen. Da über die Bezahlung der Ausprägungsgeländer eine ganze Reihe von Prozessen anhängig gemacht war, sah sich Herr Dr. Auerwald, Vorsitzender des Gewerbegerichts Leipzig, veranlaßt, eine Einigungsverhandlung zu versuchen, die am Donnerstag, den 17. April im Gewerbegericht stattfand und folgendes Ergebnis zeitigte:

„In der Streitfrage betreffend die Bezahlung des 12. April 1924, des Ausprägungstages anlässlich der Lohnbewegung im Buchdruckgewerbe, schließen die Parteien folgenden

### Vergleich:

In den Firmen, in denen vor der Ausprägung die 53stündige Arbeitswoche bestand, wird die Hälfte, in den Firmen, in denen die 48stündige Arbeitswoche bestand, werden zwei Drittel des Lohnes der Sonnabend-arbeitszeit bezahlt.

Dieser Vergleich schließt eine weitere Verfolgung von Rechtsansprüchen einerseits aus der Aussperrung und andererseits aus der für sie geltend gemachten Begründung, insbesondere jedwede Schadenerschaftsprüche, für beide Parteien aus.

Die damit beigelegte Angelegenheit darf fortan nicht mehr Gegenstand irgendwelcher Erörterung bilden.“

Verbandsmitglieder! Gegen unseren Willen, mit Hilfe des Reichsarbeitsministers, haben wir den Kampf abbrechen müssen. Aber sehen wir erneut vor derselben Gefahr. Am 31. Mai löst unser Manteltarif ab. In nur zu frischer Erinnerung ist uns noch die Behandlung des Hilfspersonals durch die führenden Männer im Deutschen Buchdruckerverein, speziell in der Manteltariffrage. Kurz ist die Zeit bis zum 31. Mai. Aber nicht so kurz, daß wir nicht Zeit hätten, uns reslos zusammenzuschließen und, wenn es sein muß, erneut in Aktion zu treten. Jeder, der es ehrlich mit der Arbeiterschaft meint, sorge mit dafür, dieses Ziel zu erreichen.

## Rundschau.

**Ein Wort Bebel's, das heute mehr denn je beherzigt werden sollte.** In seiner großen Rede über die Reichstagswahlen von 1907 auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Essen führte Bebel u. a. folgendes aus: „Die Unternehmer, die vor Jahrzehnten noch gar nicht organisiert waren, sind heute aufs beste organisiert, vielfach sogar besser als die Arbeiter. Wir haben sie gezwungen dazu. Die Unternehmerklasse hat ein viel stärkeres Klassenbewußtsein als leider noch die Arbeiterklasse, sonst wäre es nicht möglich, daß wir neben freien Gewerkschaften auch noch christliche und kirchliche Dunderliche Gewerkschaften (Wir können hinzufügen: Individualistische, unionistische und gelbe Gewerkschaften. D. Red.) hätten. Wenn fällt es denn unter den Unternehmern ein, sich nach seiner politischen oder religiösen Ueberzeugung zu organisieren; ob liberal, ob konservativ, ob Heide, Jude oder Christ, alle Unternehmer treten in die gleiche Organisation ein, weil alle ganz genau wissen, daß nur bei völliger Geschlossenheit aller Klassengenossen etwas durchzuführen ist. Gerade auf diesen Punkt werden wir künftig bei unserer Agitation weit mehr Gewicht zu legen haben. Das wird den Arbeitern viel zu wenig gesagt. Ich bin überzeugt, daß dabei vielfach unsere Taktik eine verkehrte gewesen ist. Man sollte die Beziehungen zwischen der Arbeiterschaft und Maglichkeit auszugleichen suchen, man sollte die Leute belehren, sie unterrichten, ihnen ihren falschen Standpunkt nachweisen, ihnen zeigen, daß die Unternehmer nur deshalb besondere Arbeiterorganisationen unterstützen, weil das die Arbeiterbewegung schädigt und den Unternehmerinteressen nützt. Den Arbeitern muß klar gemacht werden, daß sie in den bürgerlichen Parteien mißbraucht werden. Statt darauf den Schwerpunkt der Agitation zu legen, greift man die Parteien an, die hinter diesen Arbeitern stehen, und stößt durch die Art, wie man das tut, ein gut Teil der Arbeiter vor den Kopf. Aufklärung nach allen Richtungen hin zu fördern, ist eine unserer Hauptaufgaben. Wir dürfen nicht immer, statt aufstrebend zu wirken, die Gegenätze unter den Arbeitern noch verschärfen. Das schadet uns gewaltig. Somit erst einmal, auf diese Taktik auszuweichen, und ihr werdet die Gesichter der Gegner sehen. Je mehr wir die Verbundenheit zwischen den verschiedenen Arbeiterorganisationen durch unsere Agitation unterstützen, um so mehr wird man sich auf Seiten unserer Gegner freuen.“

**Linj in Gefahr.** Die Arbeiterschaft des kleinen Reich hat in der Revolution den klugen Entschluß gefaßt, das vom Fürsten abgetretene Vermögen zu Zwecken der allgemeinen Volksbildung zu verwenden. Es wurde eine mit großem Sachvermögen ausgestattete Stiftung „Volkshochschule Reich“ geschaffen, die neben einer großzügig aufgebauten Hauptstelle der örtlichen Volks- und Arbeiterbildung in Reich und allmählich um sich greifend im übrigen Thüringen und einer Volkshochschule in Gera die Heimvolkshochschule Linj umfaßt. Linj entwickelte sich in wenigen Jahren zu einer der bedeutendsten Arbeiterhochschulen Deutschlands. Die freien Gewerkschaften begannen allmählich, Linj mit Schülern zu besetzen und es gleichsam als ihre Schule anzusehen. Als mit der Bildung des Staates Thüringen alle Stellungen der Gliedstaaten aufgelöst wurden, wurde auch die Volkshochschule Reich vom Staate übernommen, wobei aber der Staat die gesetzliche Verpflichtung auf sich nahm, Linj in bisherigen Umfang und Charakter zu erhalten, solange die Gewerkschaft die Schule weiter unterstützen. Auch in dem Verwaltungsrat, der für Linj gebildet wurde, haben die freien Gewerkschaften Deutschlands und Thüringens sowie der IFA-Bund Sitz und Stimme.

Heute droht die Reaktion der Volkshochschule Linj den Todesstoß zu versetzen. Die Angehörigen der Volkshochschule Reich, der Zentralfstelle der örtlichen Arbeiterbildung Thüringens, wurden kurzerhand auf die Straße gesetzt und in der Heimvolkshochschule Linj selbst wurde gegen Sinn und Wortlaut des Gesetzes ein Abbau der Angestellten und ihrer Rechte eingeleitet, der den Weiterbestand der Schule aufs äußerste gefährdet. Dagegen muß nicht bloß unter den allgemeinen Gesichtspunkten der Arbeiterbildung, sondern auch vom Standpunkt der Gewerkschaften der allerhöchste Einspruch erhoben werden. Die Gewerkschaften haben ein Recht auf die Erhaltung der Volkshochschule Linj, das sie sich von einem reaktionären Willkürregiment nicht rauben lassen werden.

**Ein Blick hinter die Kulissen der kapitalistischen Denkweise.** Von einem Mitarbeiter geht uns folgende Mitteilung einer belauschten Unterhaltung zu: „Ich halte in einer Arbeiterversammlung gesprochen und fügte, noch ganz von dem Erlebnis dieses Abends erfüllt, in den Hamburg-Strandfurter Schnellzug, um nach Hause zu fahren. Da brachte mich die Wirklichkeit in eine so ganz andere geistige Welt. Zwei ganz rechts stehende Mitmenschen sprachen da über die Arbeiter. Der eine war aus der Industrie und im Kriege Geoffizier; von dem anderen konnte ich über seine soziale Herkunft nichts erfahren, doch stand er genau so rechts. Und was sprach man über die Arbeiterschaft? Sie war eine ererbte Klasse. Ja, früher, so sagte der Mann aus der Industrie, da waren uns die Arbeiter eine Gefahr. Da waren sie ein wirtschaftliches Heer voll Disziplin und Schlagkraft, mit dem man rechnen mußte. Aber jetzt ist die Gefahr vorüber. Die Gewerkschaften bersten auseinander, und was sich da neu bildet, sind nur Haufen, die keine Bedeutung mehr für uns haben. Die Gefahr, die die Arbeiterschaft mit dem großen Wachsen der gewerkschaftlichen Organisationen immer mehr zu werden drohte, ist vorüber. — Dieser eine Ausspruch, der da fiel, als man sich allein glaubte, spricht Bände.“

**Der Bielläub in den Schriftgelehrten** bringt die größten gesundheitlichen Gefahren für unsere Kollegen und Kolleginnen. Durch die häufigste Landesstelle für öffentliche Gesundheitspflege wurden aus 29 Schriftgelehrten 34 Staubproben untersucht. Dabei wurde ein Bielläub bis zu 22,5 Prozent festgestellt. Wie der Landesgesundheitsrat Dr. Thiele in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ mitteilt, kann der Bielläub bei einwandfreier Raumgestaltung bis auf 0,17 Proz. sinken. Er kann also fast gleich null sein, während das Blei in Wirklichkeit fast ein Viertel des Staubes bedeutet. Den Betriebsverrichtungen in den Schriftgelehrtenbetrieben bietet sich hier ein Tätigkeitsgebiet, das nicht vernachlässigt werden darf.

**Warum die Arbeiter deutschpolitisch wählen müssen,** zeigt uns eine Stelle aus dem berühmten Ehrhardt-Lied, das diese Gesellschaft zu ihrem Nationalgänger ertoren hat und in dem es heißt:

„Arbeiter, ihr Lumpen, wie wird es euch ergehen,  
Wenn ihr die Brigade Ehrhardt werdet sehen.  
Die Brigade Ehrhardt schießt alles kurz und klein,  
Wehe dir, ja wehe dir, du Arbeiterchwein!“

## Abrechnungen.

Vom 14. bis 19. April gingen folgende Geldsendungen bei der Hauptkasse ein:

- Gau 1: Dornhausen 40,80 RM.
- Gau 2: Frankfurt a. M. 340 RM.
- Gau 4: Freising 21,12 RM.
- Gau 5: Dresden 1000 RM.
- Gau 6: Thüringen (Gauleitung) 400 Mk.
- Gau Sachsen: Grünberg 19,75 RM.
- Gau Leipzig: 1100 RM.

Abrechnungen für das erste Quartal 1924 gingen ein aus Nürnberg (Gau 4a) und Leipzig. Die Abrechnung für das vierte Quartal 1923 steht noch aus für Gau 10 (Hamburg) und für Gau 7 (Stettin).

Berlin, den 19. April 1924. J. Rodahl.

## Literatur.

Der „Arbeiter“, die Bildungszeitung, herausgegeben vom IFA, dem Bildungsinstitut der Leipziger Arbeiterschaft (IFA) und freie Gewerkschaften). 12 Nummern jährlich durch Kreuzband 1,50 Mark, Einzelheft 10 Pfennig, durch alle Buchhandlungen oder direkt durch Postkarte durch das Allgemeine Arbeiter-Bildungsinstitut Leipzig, Postfach 17.

**Verständnis für das Berliner Buchdruckergewerbe.** Verlagsausgabe 1924. 11. Auflage. Herausgeber: Otto Schulz, Berlin; Berliner Vereins-Buchdruckerei G. m. b. H., Berlin S. 24, Schillerstr. 60/68, Berlin 1,10 Mk. inkl. Porto. Verlagsausgabe 50 Pf.

Dieses von Reichsbäuren und Gehilfen sowie von den Fachgelehrten gleichmäßig sehr bewertete Heftchen ist in neuer Ausgabe erschienen. Es enthält wieder die Arbeitsverhältnisse der Grubenarbeiter und Kleinbauern, die Arbeiter in den Gewerkschaften, über die Sozialversicherung und andere.

Die Schlichtungsvereinbarung, erläutert von Dr. Georg T. L. v. Winkler im Deutschen Anwaltsministerium und Regierungsrat R. v. O. a. v. m. vom Reichsarbeitsministerium. Berlin vom Julius Springer in Berlin. Vertrieb in Gewerkschaften durch: Verlags-Gesellschaft des IFA, Berlin S. 14, Anhalterstr. 6, Preis: 3,50 RM.

Dieser Kommentar hat sich in den Händen jedes Punktlösers befinden, welches vor Schlichtungsansuchen und Streitigkeiten an ihn tut.

## Gau Leipzig.

Montag, den 29. April 1924, nach Geschäftsfluß:  
**Mitgliederversammlung**

in der „Grünen Edele“, L.-Anker, Breitestr. 1.  
Wichtige Tagesordnung: 1. Beratung der Anträge zur Erneuerung des Manteltarifs im Buchdruckergewerbe. 2. Die Lage im Gewerbe und unsere Arbeitslosen. — 3. Berichtlesen.

Zahlreicher Besuch aller Betriebe ist Pflicht. Ohne Mitgliedersuch kein Zutritt.

Der Gauvorsitz: J. A. Walter Weber.

Verantwortlich für Redaktionen: S. Schulz, Charlottenburg, Westschloßstr. 16, Fernruf: Amt Reichend 1828. — Verlag: G. Rodahl, Charlottenburg. Druck: Ausgabe B für Groß-Berlin: R. Wittenburg, Berlin. — Druck: Norddeutsche-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68.